

Hinweis zu Informationspflichten gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) Unser Umgang mit Ihren Daten elternfinanzierter iPads und Ihre Rechte nach der DSGVO

Ihre Daten werden bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen für vielfältige Aufgaben verarbeitet und bereitgehalten. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten ist entweder eine spezielle Vorschrift in einem Fachgesetz oder § 3 Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz vom 8. Mai 2018 (LDSG, GVBl. 2018, 93). Darin ist geregelt, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine öffentliche Stelle unbeschadet anderer Rechtsgrundlagen zulässig ist, wenn diese zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe oder in Ausübung ihrer übertragener öffentlicher Gewalt erforderlich ist. Daneben gibt es auch Fälle, in denen wir Ihre Daten aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeiten. Neben den nachfolgenden Hinweisen erhalten Sie auch bei den jeweiligen Fachbereichen, die Ihre Daten verarbeiten, detaillierte und weitergehende Informationen über die Sie betreffende Datenverarbeitung.

1. Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)

Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Georg-Rückert-Str. 11
55218 Ingelheim am Rhein
Telefon: +49 (0) 6132-787 0
E-Mail: kreisverwaltung@mainz-bingen.de
Website: www.mainz-bingen.de

2. Datenschutzbeauftragter der Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Datenschutzbeauftragter
Konrad-Adenauer-Straße 34
55218 Ingelheim am Rhein
Telefon: +49 (0) 6132-787 6601
Email: datenschutz@mainz-bingen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DSGVO)

Die Schülerin bzw. der Schüler und die Personenberechtigten stellen der Kreisverwaltung Mainz-Bingen nach Einwilligung zur Nutzungsvereinbarung das elternfinanzierte iPad für die Einbindung in das Mobile Device Management System der Kreisverwaltung zur Verfügung. Das Eigentum der Schülerin bzw. des Schülers und der Personenberechtigten an dem iPad bleibt unberührt.

Das iPad wird über ein Mobile Device Management verwaltet, um einen sicheren und reibungslosen Schulalltag zu gewährleisten. Mittels diesem Mobile Device Management werden entsprechende Schutzfilter bereitgestellt und angewandt, sowie die schulischen Anwendungen (Apps) installiert und Arbeitsmaterialien bereitgestellt.

Die Schülerin bzw. der Schüler und die Personensorgeberechtigten sind damit einverstanden, dass in dem zentralen Mobile Device Management der Kreisverwaltung die Daten des iPad gespeichert werden, welche für Wartungs- und Administrationstätigkeiten erforderlich sind. Diese beinhalten: den Gerätenamen, die Seriennummer, den Modellnamen sowie die –Nummern, Kapazitäts- und Speicherinformationen, iOS Versionsnummer, die installierten Apps sowie einen Gerätestandort, wenn das Gerät, aufgrund einer Verlustmeldung der nutzungsberechtigten Person, in den Ortungsmodus versetzt wird. Standardmäßig sind die Ortungsdienste in dem Mobile Device Management System deaktiviert.

Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. b, e, Abs. 2, 3 DSGVO i.V.m. § 1 Abs. 6 SchulG.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Alle Daten, die die Kreisverwaltung im Rahmen der Nutzung des iPads erhebt, dienen ausschließlich dazu, den schulischen Einsatz der Geräte und den bestimmungsgemäßen Gebrauch sicherzustellen. Die Daten werden nicht weitergegeben und lediglich im Rahmen der Nutzung der iPads verwendet.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Daten, die in dem Mobile Device Management System verarbeitet werden, werden nicht an ein Drittland übermittelt. Die erforderliche Serverinfrastruktur steht in Deutschland. Daten, welche auf dem mobilen Endgerät verarbeitet werden, unterliegen der Zustimmung der nutzungsberechtigten Person bzw. der personensorgeberechtigten Person während der Erstinbetriebnahme des Systems. Während dieses Prozesses sind die entsprechenden Nutzungsvereinbarungen offengelegt. Im Rahmen von Updates sowie für die Installation von Apps findet unter Umständen eine Kommunikation mit Apple Serversystemen außerhalb der EU statt. Hierbei werden die Geräteinformationen (IMEI, Updateversion, Seriennummer) übermittelt, sowie, bei der Installation von Apps, die Apple ID.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Die erhobenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist. Die Erforderlichkeit entfällt bei Rücktritt aus der Nutzungsvereinbarung und damit einhergehend, der Beendigung der Verwaltung des Mobile Device Managementsystems, Beendigung der schulischen Laufbahn aus einer kreiseigenen Schule des Landkreises Mainz-Bingen. Alle Daten aus dem Mobile Device Management System werden dann gelöscht.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b bis d DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf **jederzeitigen Widerruf** einer nach Art. 7 DSGVO erteilten Einwilligung in den Verarbeitungsfällen des Art. 6 Abs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit a) DSGVO.
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** nach Art. 18 DSGVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit,
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Datenübertragbarkeit** der sie betreffenden personenbezogenen Daten nach Art. 20 DSGVO

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Beschwerderecht (Art. 77 DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920 0

Telefax: +49 (0) 6131 8920 299

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Stand dieser Information: 25. September 2023